

Glasnost für eine neue Verfassung

Demokraten wollen Debatte hinter verschlossenen Türen verhindern

Jan Heller, Kabul

Völlig ohne die erwarteten Fanfarenstöße berief Hamid Karzai Anfang November eine Redaktionskommission, die bis Ende 2003 Afghanistans neue Verfassung ausarbeiten soll. Bestehend aus neun Mitgliedern - sieben Männern und zwei Frauen unter Vorsitz des Vizepräsidenten Nematullah Shahrani - ist sie *pro forma* eine Vorläuferin der eigentlich geplanten Verfassungskommission, die im Bonner Afghanistan-Abkommen vorgesehen ist. Von der weiß aber im Augenblick niemand, ob sie überhaupt noch zustande kommen wird. Auch daß der lang erwartete Schritt über einen Monat zu spät kam, ist eine Verletzung des Bonner Abkommens. Das nämlich sah vor, die Verfassungskommission zwei Monate nach Bildung der Übergangsadministration zu berufen, was im Juni auf der *Loya Jirga* geschah.

Das neue Gesetzeswerk wird die Verfassung des Königreiches Afghanistan von 1964 ablösen, die - ohne die die Staatsform betreffenden Paragraphen - auf der Afghanistan-Konferenz Ende 2001 auf dem Bonner Petersberg provisorisch wieder in Kraft gesetzt worden war, um das staatsrechtliche Vakuum in dem Hindukush-Staat zu füllen. Dazu muß spätestens im Dezember kommenden Jahres eine Verfassungs-*Loya Jirga* einberufen werden. Die unter dem Linksregime des Präsidenten Najibullah 1998 verabschiedete Verfassung war nach dessen Sturz vier Jahre später obsolet geworden - obwohl sie als Quelle durchaus noch dient, beinhaltet sie doch der Form nach für diesen Teil der Welt äußerst demokratische Bestimmungen, etwa die Wahl lokaler Körperschaften betreffend. Die Mujaheddin, zwischen 1992 und 1996, sowie die Taliban hatten ihrerseits

Verfassungsentwürfe in den Schubladen liegen, die jedoch nie umgesetzt wurden.

Internationale Nachrichtenagenturen sorgten mit lapidaren Kurzmeldungen dafür, daß die Bildung der Kommission zu einem Nicht-Ereignis wurde; in den deutschsprachigen Medien wurde das Thema überhaupt nicht behandelt. Afghanische Demokraten wissen, daß die Verfassung möglicherweise auf Jahrzehnte hinaus die politischen Rahmenbedingungen in ihrem Land festschreiben wird. Nun befürchten sie, daß das Gesetzeswerk hinter verschlossenen Türen zusammengebastelt werden und die kommende *Loya Jirga* ein Spiegelbild der vorangegangenen werden könnte, als Karzai - statt über sein neues Kabinett abstimmen zu lassen - die 1.600 Delegierten lediglich kurz zum Handheben aufgefordert und, ohne nachzuzählen, Zustimmung konstatierte.

Sebhatullah Sandshar vom „Rat der Verteidiger von Frieden und Demokratie“ (engl. Abkürzung CDPD), einem Zusammenschluß vier demokratischer Gruppen, der Mitglied der Unabhängigen *Loya Jirga*-Kommission war, befürchtet zudem, daß ein Klima mangelnder Offenheit islamistischen Kräften freie Hand geben könnte. „Für die zählen demokratische Prinzipien nichts“, sagt er, „wir haben schon bei den Wahlen zur *Loya Jirga* gesehen, wie sie sich mit Waffengewalt ein Übergewicht verschafft haben.“ Er steht mit seiner Einschätzung nicht allein. Das Internationale Institut für Strategische Studien in London etwa konstatierte jüngst, daß „fast alle der politischen Fraktionen in der Nordallianz eine radikale islamistische Agenda verfolgen“. Daß mit Shahrani ein ausgewiesener Islamist und Mitbegründer des afghanischen Zweigs der Muslimbruderschaft an der Spitze der

Kommission steht, macht das Mißtrauen nicht geringer.

Der CDPD veranstaltete deshalb kürzlich in Kabul ein sehr gut besuchtes Seminar zu Verfassungsfragen. Bis tief in die Nacht diskutierten Aktivisten politischer Gruppen - Parteien sind nach wie vor nicht zugelassen - und Frauenorganisationen, Juristen und Journalisten. In ihrer Abschlußdeklaration verlangen sie vor allem eines: Offenheit. Die Kommission solle „einen Mechanismus etablieren, der die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erarbeitung der Verfassung erlaubt“ und ihrerseits die Öffentlichkeit „regelmäßig informiert“. Zudem verlangen sie, daß in der neuen Verfassung soziale Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung, individuelle und soziale Freiheiten, „die essentielle Rolle der Menschenrechte“, Trennung der Staatsgewalten, Demokratie und Pluralismus, friedliche politische Auseinandersetzung verankert werden. Sie wollen nicht, so Sandshar, daß Afghanistan „hinter die 1964er Verfassung zurückfällt“.

Ohne internationale Unterstützung allerdings werden die jungen demokratischen Kräfte auch im eigenen Land kaum Gehör finden. Umso erfreulicher war, daß Beobachter der EU und von Politischen Stiftungen aus den USA und Deutschland an dem Seminar teilnahmen. Der EU-Sondergesandte in Kabul, Francesc Vendrell, hatte schon im Juni auf einer Konferenz im spanischen Cordova, an der Afghanistan-Experten aller wichtigen Staaten teilnahmen, diplomatisch aber deutlich kritisiert: „Die UN müssen ermutigt werden, eine kohärente Strategie zu entwickeln, die auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Förderung einer demokratischen Entwicklung zielt.“